

Prova B14_SUP

Laboratori di scienze e tecnologie delle costruzioni

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Il GPS

Il candidato descriva gli strumenti didattici, comprensivi di sussidi tecnologici, e le strategie metodologiche messe in atto per ottimizzare l'apprendimento da parte degli alunni, nonché l'organizzazione di una eventuale azione di recupero delle conoscenze.

Quesito 2 - La resistenza al taglio delle terre.

Il candidato fornisca una panoramica delle tipologie di prove di verifica che ritiene appropriate e, se previste, anche di prove di laboratorio e i criteri di valutazione adottati in tali prove.

Quesito 3 - Gli Spianamenti.

Il candidato collochi la trattazione oggetto del quesito nell'ambito di una programmazione disciplinare curriculare, ed individui le competenze minime che l'alunno deve conseguire al termine del modulo o unità di apprendimento.

Quesito 4 - Dalle rocce al cemento.

Il candidato definisca gli argomenti specifici che si ritiene opportuno sviluppare, ed evidenzi l'interdisciplinarietà rispettivamente nell'ambito delle costruzioni e nell'ambito geotecnico.

Quesito 5 - Il Vs30 con la sismica a rifrazione nelle costruzioni.

Il candidato descriva gli strumenti didattici, comprensivi di sussidi tecnologici, e le strategie metodologiche messe in atto per ottimizzare l'apprendimento anche da parte degli alunni con D.S.A, nonché l'organizzazione di una eventuale azione di recupero delle conoscenze.

Quesito 6 - Il candidato specifichi le azioni di prevenzione al fine di ridurre il rischio di abbandono scolastico, in quegli alunni con problemi socio/economici.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Integration

Die Heimkehr im Hinterkopf

Während Väter mit Migrationshintergrund an die Heimkehr glauben, wollen ihre Söhne in Österreich bleiben. Den Spracherwerb sehen viele als eine Entwurzelung, zeigt eine Studie des Sozialministeriums. Er müsse sich mit Dingen auseinandersetzen, mit denen ein autochthoner Jugendlicher sich nicht beschäftigen muss, erzählt Haseeb Adalatyar. „Die Menschen fragen mich oft nach einem Anschlag, ob ich auch etwas mit dem IS zu tun habe. In der Schule bin ich der Erste, der zu Terror seine Meinung abgeben muss.“ Der 17-jährige

Gymnasiast lebt seit 16 Jahren in Wien, geboren wurde er aber in Afghanistan. Mit 59 weiteren Söhnen im Alter zwischen zwölf und 23 Jahren und 40 Vätern wurde er im Auftrag von Frauen ohne Grenzen und dem Sozialministerium zum Thema Migration und Integration befragt. Rund die Hälfte beider Gruppen hat selbst Migrationshintergrund.

„Es ist schwer. Ich muss mich immer der Frage stellen, ob ich jetzt eigentlich Afghane oder Österreicher bin“, sagt Adalatyar. So wie ihm gehe es vielen Jugendlichen. Ein großer Faktor sei hierbei die Sprache, sagt Ulrich Kropiunigg, Professor für medizinische Psychologie an der Medizin-Uni Wien, der die qualitativen Interviews der Studie „Väter und Söhne – Zwischen zwei Welten“ begleitete.

Durch den Spracherwerb komme es zu einer „doppelten Bindung“. Weil die Väter migrantischer Jugendlicher noch immer die Rückkehr in die Heimat im Hinterkopf hätten, würden sie die Annahme der deutschen Sprache als Aufgeben dieser Sehnsucht ansehen. Die Schwierigkeit für die Väter bestehe darin, dass sie in der Ankunfts-gesellschaft oft einen niedrigeren beruflichen Status haben.

„Wenn die Kinder Deutsch lernen, wachsen sie in die Kultur hinein und entfernen sich von den Wurzeln ihrer Väter“, sagt Kropiunigg. Die Söhne hätten nicht den Traum der Rückkehr. Sie müssten den „Spagat zwischen ihren zwei Welten“ leisten. „Familie und Gesellschaft fordern beide ihre Anpassung“, sagt Edith Schlaffer, Direktorin von Frauen ohne Grenzen. Die jungen Männer seien daher „insgesamt verunsichert“.

<Quelle: <http://derstandard.at/2000046916196/Integration-Die-Heimkehr-im-Hinterkopf> [29.03.2017]

Haseeb Adalatyar berichtet, dass ...

- a) ... er oft zu Themen befragt wird, zu denen einheimische Jugendliche eigentlich nicht befragt werden.
- b) ... er oft über Terroranschläge und den IS mit den autochthonen Jugendlichen diskutiert.
- c) ... er sich mehr mit den Themen Terror und IS auseinandersetzt als die einheimischen Jugendlichen.
- d) ... er vor autochthonen Jugendlichen nie zu Themen wie Terror und IS Stellung nimmt.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Integration

Die Heimkehr im Hinterkopf

Während Väter mit Migrationshintergrund an die Heimkehr glauben, wollen ihre Söhne in Österreich bleiben. Den Spracherwerb sehen viele als eine Entwurzelung, zeigt eine Studie des Sozialministeriums.

Er müsse sich mit Dingen auseinandersetzen, mit denen ein autochthoner Jugendlicher sich nicht beschäftigen muss, erzählt Haseeb Adalatyar. „Die Menschen fragen mich oft nach einem Anschlag, ob ich auch etwas mit dem IS zu tun habe. In der Schule bin ich der Erste, der zu Terror seine Meinung abgeben muss.“ Der 17-jährige Gymnasiast lebt seit 16 Jahren in Wien, geboren wurde er aber in Afghanistan. Mit 59 weiteren Söhnen im Alter zwischen zwölf und 23 Jahren und 40 Vätern wurde er im Auftrag von Frauen ohne Grenzen und dem Sozialministerium zum Thema Migration und Integration befragt. Rund die Hälfte beider Gruppen hat selbst Migrationshintergrund.

„Es ist schwer. Ich muss mich immer der Frage stellen, ob ich jetzt eigentlich Afghane oder Österreicher bin“, sagt Adalatyar. So wie ihm gehe es vielen Jugendlichen. Ein großer Faktor sei hierbei die Sprache, sagt Ulrich Kropiunigg, Professor für medizinische Psychologie an der Medizin-Uni Wien, der die qualitativen Interviews der Studie „Väter und Söhne – Zwischen zwei Welten“ begleitete.

Durch den Spracherwerb komme es zu einer „doppelten Bindung“. Weil die Väter migrantischer Jugendlicher noch immer die Rückkehr in die Heimat im Hinterkopf hätten, würden sie die Annahme der deutschen Sprache als Aufgeben dieser Sehnsucht ansehen. Die Schwierigkeit für die Väter bestehe darin, dass sie in der Ankunfts-gesellschaft oft einen niedrigeren beruflichen Status haben.

„Wenn die Kinder Deutsch lernen, wachsen sie in die Kultur hinein und entfernen sich von den Wurzeln ihrer Väter“, sagt Kropiunigg. Die Söhne hätten nicht den Traum der Rückkehr. Sie müssten den „Spagat zwischen ihren zwei Welten“ leisten. „Familie und Gesellschaft fordern beide ihre Anpassung“, sagt Edith Schlaffer, Direktorin von Frauen ohne Grenzen. Die jungen Männer seien daher „insgesamt verunsichert“.

<Quelle: <http://derstandard.at/2000046916196/Integration-Die-Heimkehr-im-Hinterkopf> [29.03.2017]

Es kommt oft vor, dass ...

- a) ... die Söhne ohne ihre Väter in ihr Heimatland zurückkehren.
- b) ... die Väter von einer Rückkehr in das Heimatland träumen, die Söhne hingegen nicht.
- c) ... Väter und Söhne eine Rückkehr in das Heimatland aus finanziellen Gründen ablehnen.
- d) ... Väter und Söhne gemeinsam eine Rückkehr in das Heimatland vorbereiten.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Integration

Die Heimkehr im Hinterkopf

Während Väter mit Migrationshintergrund an die Heimkehr glauben, wollen ihre Söhne in Österreich bleiben. Den Spracherwerb sehen viele als eine Entwurzelung, zeigt eine Studie des Sozialministeriums.

Er müsse sich mit Dingen auseinandersetzen, mit denen ein autochthoner Jugendlicher sich nicht beschäftigen muss, erzählt Haseeb Adalatyar. „Die Menschen fragen mich oft nach einem Anschlag, ob ich auch etwas mit dem IS zu tun habe. In der Schule bin ich der Erste, der zu Terror seine Meinung abgeben muss.“ Der 17-jährige Gymnasiast lebt seit 16 Jahren in Wien, geboren wurde er aber in Afghanistan. Mit 59 weiteren Söhnen im Alter zwischen zwölf und 23 Jahren und 40 Vätern wurde er im Auftrag von Frauen ohne Grenzen und dem Sozialministerium zum Thema Migration und Integration befragt. Rund die Hälfte beider Gruppen hat selbst Migrationshintergrund.

„Es ist schwer. Ich muss mich immer der Frage stellen, ob ich jetzt eigentlich Afghane oder Österreicher bin“, sagt Adalatyar. So wie ihm gehe es vielen Jugendlichen. Ein großer Faktor sei hierbei die Sprache, sagt Ulrich Kropiunigg, Professor für medizinische Psychologie an der Medizin-Uni Wien, der die qualitativen Interviews der Studie „Väter und Söhne – Zwischen zwei Welten“ begleitete.

Durch den Spracherwerb komme es zu einer „doppelten Bindung“. Weil die Väter migrantischer Jugendlicher noch immer die Rückkehr in die Heimat im Hinterkopf hätten, würden sie die Annahme der deutschen Sprache als Aufgeben dieser Sehnsucht ansehen. Die Schwierigkeit für die Väter bestehe darin, dass sie in der Ankunfts-gesellschaft oft einen niedrigeren beruflichen Status haben.

„Wenn die Kinder Deutsch lernen, wachsen sie in die Kultur hinein und entfernen sich von den Wurzeln ihrer Väter“, sagt Kropiunigg. Die Söhne hätten nicht den Traum der Rückkehr. Sie müssten den „Spagat zwischen ihren zwei Welten“ leisten. „Familie und Gesellschaft fordern beide ihre Anpassung“, sagt Edith Schlaffer, Direktorin von Frauen ohne Grenzen. Die jungen Männer seien daher „insgesamt verunsichert“.

Kropiunigg behauptet, dass ...

- a) ... die Kinder von Migranten am meisten unter den Vorschriften des neuen Heimatlandes leiden.
- b) ... die Kinder von Migranten die Verbindung mit dem Heimatland besonders schnell abbrechen.
- c) ... die Kinder der Migranten unter dem Chaos zwischen Heimatland und neuer Heimat leiden.
- d) ... die Kinder der Migranten oft Verbindungen zwischen alter und neuer Heimat aufbauen.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Integration

Die Heimkehr im Hinterkopf

Während Väter mit Migrationshintergrund an die Heimkehr glauben, wollen ihre Söhne in Österreich bleiben. Den Spracherwerb sehen viele als eine Entwurzelung, zeigt eine Studie des Sozialministeriums.

Er müsse sich mit Dingen auseinandersetzen, mit denen ein autochthoner Jugendlicher sich nicht beschäftigen muss, erzählt Haseeb Adalatyar. „Die Menschen fragen mich oft nach einem Anschlag, ob ich auch etwas mit dem IS zu tun habe. In der Schule bin ich der Erste, der zu Terror seine Meinung abgeben muss.“ Der 17-jährige Gymnasiast lebt seit 16 Jahren in Wien, geboren wurde er aber in Afghanistan. Mit 59 weiteren Söhnen im Alter zwischen zwölf und 23 Jahren und 40 Vätern wurde er im Auftrag von Frauen ohne Grenzen und dem Sozialministerium zum Thema Migration und Integration befragt. Rund die Hälfte beider Gruppen hat selbst Migrationshintergrund.

„Es ist schwer. Ich muss mich immer der Frage stellen, ob ich jetzt eigentlich Afghane oder Österreicher bin“, sagt Adalatyar. So wie ihm gehe es vielen Jugendlichen. Ein großer Faktor sei hierbei die Sprache, sagt Ulrich Kropiunigg, Professor für medizinische Psychologie an der Medizin-Uni Wien, der die qualitativen Interviews der Studie „Väter und Söhne – Zwischen zwei Welten“ begleitete.

Durch den Spracherwerb komme es zu einer „doppelten Bindung“. Weil die Väter migrantischer Jugendlicher noch immer die Rückkehr in die Heimat im Hinterkopf hätten, würden sie die Annahme der deutschen Sprache als Aufgeben dieser Sehnsucht ansehen. Die Schwierigkeit für die Väter bestehe darin, dass sie in der Ankunftsgesellschaft oft einen niedrigeren beruflichen Status haben.

„Wenn die Kinder Deutsch lernen, wachsen sie in die Kultur hinein und entfernen sich von den Wurzeln ihrer Väter“, sagt Kropiunigg. Die Söhne hätten nicht den Traum der Rückkehr. Sie müssten den „Spagat zwischen ihren zwei Welten“ leisten. „Familie und Gesellschaft fordern beide ihre Anpassung“, sagt Edith Schlaffer, Direktorin von Frauen ohne Grenzen. Die jungen Männer seien daher „insgesamt verunsichert“.

Durch den Erwerb der Zielsprache ...

- a) ... lernen die jugendlichen Migranten, die zielsprachliche Kultur zu schätzen.
- b) ... verlernen die jugendlichen Migranten automatisch ihre Muttersprache.

- c) ... versprechen sich die jugendlichen Migranten neue Chancen in ihrem Heimatland.
- d) ... sind die jugendlichen Migranten einer großen Belastung ausgesetzt.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Integration

Die Heimkehr im Hinterkopf

Während Väter mit Migrationshintergrund an die Heimkehr glauben, wollen ihre Söhne in Österreich bleiben. Den Spracherwerb sehen viele als eine Entwurzelung, zeigt eine Studie des Sozialministeriums.

Er müsse sich mit Dingen auseinandersetzen, mit denen ein autochthoner Jugendlicher sich nicht beschäftigen muss, erzählt Haseeb Adalatyar. „Die Menschen fragen mich oft nach einem Anschlag, ob ich auch etwas mit dem IS zu tun habe. In der Schule bin ich der Erste, der zu Terror seine Meinung abgeben muss.“ Der 17-jährige Gymnasiast lebt seit 16 Jahren in Wien, geboren wurde er aber in Afghanistan. Mit 59 weiteren Söhnen im Alter zwischen zwölf und 23 Jahren und 40 Vätern wurde er im Auftrag von Frauen ohne Grenzen und dem Sozialministerium zum Thema Migration und Integration befragt. Rund die Hälfte beider Gruppen hat selbst Migrationshintergrund.

„Es ist schwer. Ich muss mich immer der Frage stellen, ob ich jetzt eigentlich Afghane oder Österreicher bin“, sagt Adalatyar. So wie ihm gehe es vielen Jugendlichen. Ein großer Faktor sei hierbei die Sprache, sagt Ulrich Kropiunigg, Professor für medizinische Psychologie an der Medizin-Uni Wien, der die qualitativen Interviews der Studie „Väter und Söhne – Zwischen zwei Welten“ begleitete.

Durch den Spracherwerb komme es zu einer „doppelten Bindung“. Weil die Väter migrantischer Jugendlicher noch immer die Rückkehr in die Heimat im Hinterkopf hätten, würden sie die Annahme der deutschen Sprache als Aufgeben dieser Sehnsucht ansehen. Die Schwierigkeit für die Väter bestehe darin, dass sie in der Ankunftsgesellschaft oft einen niedrigeren beruflichen Status haben.

„Wenn die Kinder Deutsch lernen, wachsen sie in die Kultur hinein und entfernen sich von den Wurzeln ihrer

Väter“, sagt Kropiunigg. Die Söhne hätten nicht den Traum der Rückkehr. Sie müssten den „Spagat zwischen

ihren zwei Welten“ leisten. „Familie und Gesellschaft fordern beide ihre Anpassung“, sagt Edith Schlaffer,

Direktorin von Frauen ohne Grenzen. Die jungen Männer seien daher „insgesamt verunsichert“.

<Quelle: <http://derstandard.at/2000046916196/Integration-Die-Heimkehr-im-Hinterkopf> [29.03.2017]

„Sich der Frage stellen müssen“ bedeutet:

- a) eine Frage zu stellen.
- b) sich in Frage zu stellen.
- c) sich eine Frage zu stellen.
- d) eine Frage beantworten zu müssen.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Der Kampf um die Sonderschulen

1992 forderte Minister Scholten eine Abkehr von gesonderten Bildungseinrichtungen. Doch Österreich ist in seiner Entwicklung stehen geblieben.

Bildungsministerin Sonja Hammerschmid hat sich mit einigem Wenn und Aber für die Abschaffung der Sonderschulen ausgesprochen, die Pflichtschullehrer-Gewerkschaft ist strikt dagegen, und Familienministerin Sophie Karmasin folgt deren Argumentation. Im jüngsten Regierungsprogramm scheint das Thema erst gar nicht mehr auf. Österreich ist in seiner Entwicklung stehen geblieben.

Dabei forderte Unterrichtsminister Rudolf Scholten schon 1992 die Abkehr von gesonderten Bildungseinrichtungen in Richtung einer Schule für alle Kinder, unterstützt von der damaligen Familienministerin Maria Rauch-Kallat. Die Entwicklung solle nicht einem freien Spiel der Kräfte überlassen werden, so Scholten in einer Grundsatzerklärung zur integrierten Schule: „Die Situation erfordert, dass das Unterrichtsministerium die weitere Entwicklung nicht nur dem ‚freien Spiel der freien Kräfte‘ " überlässt. [...] In Abkehr von der bisher verfolgten Zielsetzung, in gesonderten Bildungseinrichtungen die beste mögliche Schule für behinderte Kinder zu entwickeln, sieht das Unterrichtsministerium die Entwicklung der Schule zu einer Schule unter Einschluss aller Kinder als zentrale Notwendigkeit zur Wahrung des Wohles behinderter wie nichtbehinderter Kinder."

Tal-und-Berg-Fahrt

Ministerin Elisabeth Gehrler deutete in ihrer Amtszeit Integration in Richtung eines Ergänzungsmodells um, es sollte eine Verdoppelung der Systeme ermöglicht werden. Mit den bekannten Folgen: Sowohl Sonderschulklassen als auch integrative/inklusive Klassen wurden gefördert. Die Zuschreibung „Sonderpädagogischer Förderbedarf“ erhöhte sich enorm, die Anzahl von Kindern in Sonderschulen verkleinerte sich bis zur Jahrtausendwende, erhöhte sich danach bis zum Jahr 2014/15 wieder auf einen Wert, der inzwischen wieder ähnlich hoch ist wie im Jahr 1991. Eine erstaunliche Tal-und-Berg-Fahrt und Systemstabilisierung von aussondernden Schulbedingungen. Dieser Trend ist auch durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht gebrochen worden. Die schulsysteminterne und individualisierende Steuerung der Definition der eigenen Klientel („sonderpädagogischer Förderbedarf“) stabilisiert das Doppelsystem und weitet es aus. Diese Dynamik wirkt weiter, die beschlossene Schulautonomie kann diesen Trend noch verstärken.

**Aus: <http://derstandard.at/2000051845182/Der-Kampf-um-die-Sonderschulen>
22.02.2017**

Österreich ...

- a) ... will die UN-Behindertenkonvention ablehnen.
- b) ... hat die UN-Behindertenkonvention rechtskräftig bestätigt.
- c) ... wird die UN-Behindertenkonvention in Kürze übernehmen.
- d) ... hat die UN-Behindertenkonvention auf Eis gelegt.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Der Kampf um die Sonderschulen

1992 forderte Minister Scholten eine Abkehr von gesonderten Bildungseinrichtungen. Doch Österreich ist in seiner Entwicklung stehen geblieben.

Bildungsministerin Sonja Hammerschmid hat sich mit einigem Wenn und Aber für die Abschaffung der

Sonderschulen ausgesprochen, die Pflichtschullehrer-Gewerkschaft ist strikt dagegen, und Familienministerin Sophie Karmasin folgt deren Argumentation. Im jüngsten Regierungsprogramm scheint das Thema erst gar nicht mehr auf. Österreich ist in seiner Entwicklung stehen geblieben.

Dabei forderte Unterrichtsminister Rudolf Scholten schon 1992 die Abkehr von gesonderten Bildungseinrichtungen in Richtung einer Schule für alle Kinder, unterstützt von der damaligen Familienministerin Maria Rauch-Kallat. Die Entwicklung solle nicht einem freien Spiel der Kräfte überlassen werden, so Scholten in einer Grundsatzerklärung zur integrierten Schule: „Die Situation erfordert, dass das Unterrichtsministerium die weitere Entwicklung nicht nur dem ‚freien Spiel der freien Kräfte‘ " überlässt. [...] In Abkehr von der bisher verfolgten Zielsetzung, in gesonderten Bildungseinrichtungen die beste mögliche Schule für behinderte Kinder zu entwickeln, sieht das Unterrichtsministerium die Entwicklung der Schule zu einer Schule unter Einschluss aller Kinder als zentrale Notwendigkeit zur Wahrung des Wohles behinderter wie nichtbehinderter Kinder."

Tal-und-Berg-Fahrt

Ministerin Elisabeth Gehrer deutete in ihrer Amtszeit Integration in Richtung eines Ergänzungsmodells um, es sollte eine Verdoppelung der Systeme ermöglicht werden. Mit den bekannten Folgen: Sowohl Sonderschulklassen als auch integrative/inklusive Klassen wurden gefördert. Die Zuschreibung „Sonderpädagogischer Förderbedarf" erhöhte sich enorm, die Anzahl von Kindern in Sonderschulen verkleinerte sich bis zur Jahrtausendwende, erhöhte sich danach bis zum Jahr 2014/15 wieder auf einen Wert, der inzwischen wieder ähnlich hoch ist wie im Jahr 1991. Eine erstaunliche Tal-und-Berg-Fahrt und Systemstabilisierung von aussondernden Schulbedingungen. Dieser Trend ist auch durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht gebrochen worden. Die schulsysteminterne und individualisierende Steuerung der Definition der eigenen Klientel („sonderpädagogischer Förderbedarf") stabilisiert das Doppelsystem und weitet es aus. Diese Dynamik wirkt weiter, die beschlossene Schulautonomie kann diesen Trend noch verstärken.

Aus: <http://derstandard.at/2000051845182/Der-Kampf-um-die-Sonderschulen> 22.02.2017

Die Bildungsministerin hat sich ...

- a) ... trotz einiger Vorbehalte für die inkludierende Schule ausgesprochen.
- b) ... gemeinsam mit der Familienministerin zur inklusiven Schule durchgerungen.
- c) ... trotz überzeugter Unterstützung durch die Familienministerin gegen die inkludierende Schule ausgesprochen.
- d) ... trotz schwerwiegender Bedenken letztlich für die inkludierende Schule ausgesprochen.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Der Kampf um die Sonderschulen

1992 forderte Minister Scholten eine Abkehr von gesonderten Bildungseinrichtungen. Doch Österreich ist in seiner Entwicklung stehen geblieben.

Bildungsministerin Sonja Hammerschmid hat sich mit einigem Wenn und Aber für die Abschaffung der Sonderschulen ausgesprochen, die Pflichtschullehrer-Gewerkschaft ist strikt dagegen, und Familienministerin Sophie Karmasin folgt deren Argumentation. Im jüngsten Regierungsprogramm scheint das Thema erst gar nicht mehr auf. Österreich ist in seiner Entwicklung stehen geblieben.

Dabei forderte Unterrichtsminister Rudolf Scholten schon 1992 die Abkehr von gesonderten

Bildungseinrichtungen in Richtung einer Schule für alle Kinder, unterstützt von der damaligen Familienministerin Maria Rauch-Kallat. Die Entwicklung solle nicht einem freien Spiel der Kräfte überlassen werden, so Scholten in einer Grundsatzerklärung zur integrierten Schule: „Die Situation erfordert, dass das Unterrichtsministerium die weitere Entwicklung nicht nur dem ‚freien Spiel der freien Kräfte‘ " überlässt. [...] In Abkehr von der bisher verfolgten Zielsetzung, in gesonderten Bildungseinrichtungen die beste mögliche Schule für behinderte Kinder zu entwickeln, sieht das Unterrichtsministerium die Entwicklung der Schule zu einer Schule unter Einschluss aller Kinder als zentrale Notwendigkeit zur Wahrung des Wohles behinderter wie nichtbehinderter Kinder."

Tal-und-Berg-Fahrt

Ministerin Elisabeth Gehrler deutete in ihrer Amtszeit Integration in Richtung eines Ergänzungsmodells um, es sollte eine Verdoppelung der Systeme ermöglicht werden. Mit den bekannten Folgen: Sowohl Sonderschulklassen als auch integrative/inklusive Klassen wurden gefördert. Die Zuschreibung „Sonderpädagogischer Förderbedarf“ erhöhte sich enorm, die Anzahl von Kindern in Sonderschulen verkleinerte sich bis zur Jahrtausendwende, erhöhte sich danach bis zum Jahr 2014/15 wieder auf einen Wert, der inzwischen wieder ähnlich hoch ist wie im Jahr 1991. Eine erstaunliche Tal-und-Berg-Fahrt und Systemstabilisierung von aussondernden Schulbedingungen. Dieser Trend ist auch durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht gebrochen worden. Die schulsysteminterne und individualisierende Steuerung der Definition der eigenen Klientel („sonderpädagogischer Förderbedarf“) stabilisiert das Doppelsystem und weitet es aus. Diese Dynamik wirkt weiter, die beschlossene Schulautonomie kann diesen Trend noch verstärken.

Aus: <http://derstandard.at/2000051845182/Der-Kampf-um-die-Sonderschulen> 22.02.2017

In Österreich ...

- a) ... werden die Sonderschulklassen noch in diesem Jahr abgeschafft.
- b) ... werden alle SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Sonderschulen unterrichtet.
- c) ... werden zur Zeit Sonderschulklassen und inklusive Klassen unterstützt.
- d) ... wächst die Anzahl der inklusiven Klassen an den Regelschulen konstant .

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Der Kampf um die Sonderschulen

1992 forderte Minister Scholten eine Abkehr von gesonderten Bildungseinrichtungen. Doch Österreich ist in seiner Entwicklung stehen geblieben.

Bildungsministerin Sonja Hammerschmid hat sich mit einigem Wenn und Aber für die Abschaffung der Sonderschulen ausgesprochen, die Pflichtschullehrer-Gewerkschaft ist strikt dagegen, und Familienministerin Sophie Karmasin folgt deren Argumentation. Im jüngsten Regierungsprogramm scheint das Thema erst gar nicht mehr auf. Österreich ist in seiner Entwicklung stehen geblieben.

Dabei forderte Unterrichtsminister Rudolf Scholten schon 1992 die Abkehr von gesonderten Bildungseinrichtungen in Richtung einer Schule für alle Kinder, unterstützt von der damaligen Familienministerin Maria Rauch-Kallat. Die Entwicklung solle nicht einem freien Spiel der Kräfte überlassen werden, so Scholten in einer Grundsatzerklärung zur integrierten Schule: „Die Situation erfordert, dass das Unterrichtsministerium die weitere Entwicklung nicht nur dem ‚freien Spiel der freien Kräfte‘ " überlässt. [...] In Abkehr von der bisher verfolgten Zielsetzung, in gesonderten Bildungseinrichtungen die beste mögliche Schule für behinderte Kinder zu

entwickeln, sieht das Unterrichtsministerium die Entwicklung der Schule zu einer Schule unter Einschluss aller Kinder als zentrale Notwendigkeit zur Wahrung des Wohles behinderter wie nichtbehinderter Kinder."

Tal-und-Berg-Fahrt

Ministerin Elisabeth Gehrler deutete in ihrer Amtszeit Integration in Richtung eines Ergänzungsmodells um, es sollte eine Verdoppelung der Systeme ermöglicht werden. Mit den bekannten Folgen: Sowohl Sonderschulklassen als auch integrative/inklusive Klassen wurden gefördert. Die Zuschreibung „Sonderpädagogischer Förderbedarf“ erhöhte sich enorm, die Anzahl von Kindern in Sonderschulen verkleinerte sich bis zur Jahrtausendwende, erhöhte sich danach bis zum Jahr 2014/15 wieder auf einen Wert, der inzwischen wieder ähnlich hoch ist wie im Jahr 1991. Eine erstaunliche Tal-und-Berg-Fahrt und Systemstabilisierung von aussondernden Schulbedingungen. Dieser Trend ist auch durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht gebrochen worden. Die schulsysteminterne und individualisierende Steuerung der Definition der eigenen Klientel („sonderpädagogischer Förderbedarf“) stabilisiert das Doppelsystem und weitet es aus. Diese Dynamik wirkt weiter, die beschlossene Schulautonomie kann diesen Trend noch verstärken.

Aus: <http://derstandard.at/2000051845182/Der-Kampf-um-die-Sonderschulen> 22.02.2017

Der Unterrichtsminister Rudolf Scholten ...

- a) ... hat schon 1992 für ein inklusives Schulsystem plädiert.
- b) ... hat sich bei seiner Amtsübergabe gegen die Sonderschulen ausgesprochen.
- c) ... hat im Parlament gemeinsam mit der Familienministerin ein Plädoyer für die Sonderschule gehalten.
- d) ... hat nur leichte Bedenken hinsichtlich eines inklusiven Schulsystems geäußert.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Der Kampf um die Sonderschulen

1992 forderte Minister Scholten eine Abkehr von gesonderten Bildungseinrichtungen. Doch Österreich ist in seiner Entwicklung stehen geblieben.

Bildungsministerin Sonja Hammerschmid hat sich mit einigem Wenn und Aber für die Abschaffung der Sonderschulen ausgesprochen, die Pflichtschullehrer-Gewerkschaft ist strikt dagegen, und Familienministerin Sophie Karmasin folgt deren Argumentation. Im jüngsten Regierungsprogramm scheint das Thema erst gar nicht mehr auf. Österreich ist in seiner Entwicklung stehen geblieben.

Dabei forderte Unterrichtsminister Rudolf Scholten schon 1992 die Abkehr von gesonderten Bildungseinrichtungen in Richtung einer Schule für alle Kinder, unterstützt von der damaligen Familienministerin Maria Rauch-Kallat. Die Entwicklung solle nicht einem freien Spiel der Kräfte überlassen werden, so Scholten in einer Grundsatzerklärung zur integrierten Schule: „Die Situation erfordert, dass das Unterrichtsministerium die weitere Entwicklung nicht nur dem ‚freien Spiel der freien Kräfte‘ " überlässt. [...] In Abkehr von der bisher verfolgten Zielsetzung, in gesonderten Bildungseinrichtungen die beste mögliche Schule für behinderte Kinder zu entwickeln, sieht das Unterrichtsministerium die Entwicklung der Schule zu einer Schule unter Einschluss aller Kinder als zentrale Notwendigkeit zur Wahrung des Wohles behinderter wie nichtbehinderter Kinder."

Tal-und-Berg-Fahrt

Ministerin Elisabeth Gehrler deutete in ihrer Amtszeit Integration in Richtung eines Ergänzungsmodells um, es

sollte eine Verdoppelung der Systeme ermöglicht werden. Mit den bekannten Folgen: Sowohl Sonderschulklassen als auch integrative/inklusive Klassen wurden gefördert. Die Zuschreibung „Sonderpädagogischer Förderbedarf“ erhöhte sich enorm, die Anzahl von Kindern in Sonderschulen verkleinerte sich bis zur Jahrtausendwende, erhöhte sich danach bis zum Jahr 2014/15 wieder auf einen Wert, der inzwischen wieder ähnlich hoch ist wie im Jahr 1991. Eine erstaunliche Tal-und-Berg-Fahrt und Systemstabilisierung von aussondernden Schulbedingungen. Dieser Trend ist auch durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht gebrochen worden. Die schulsysteminterne und individualisierende Steuerung der Definition der eigenen Klientel („sonderpädagogischer Förderbedarf“) stabilisiert das Doppelsystem und weitet es aus. Diese Dynamik wirkt weiter, die beschlossene Schulautonomie kann diesen Trend noch verstärken.

Aus: <http://derstandard.at/2000051845182/Der-Kampf-um-die-Sonderschulen> 22.02.2017

Eine Berg- und Talfahrt der Entscheidungen bedeutet ...

- a) ... eine schwierige Entscheidung.
- b) ... eine andauernde Abänderung der Entscheidungslinie.
- c) ... eine Entscheidung, die nach langer Zeit eintritt.
- d) ... eine gravierende Entscheidung.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Segregation or integration?

Research shows that the challenges arising from greater national, ethnic, racial and linguistic diversity are heightened because migrants tend to be directed towards schools with lower performance expectations. Evidence suggests that they tend to be overrepresented in vocational schools, special education and schools situated in deprived neighbourhoods.

How the school system should provide education for immigrant children and how their educational performance can be improved are key questions for the education sector. In this regard, there is some debate on whether immigrant pupils should be integrated into the mainstream school structure by supporting an intercultural approach or whether they should be provided with separate education.

Some commentators are critical of forced efforts to integrate immigrant pupils and highlight the importance of parental/pupil choice in the selection of schools, specifically for social and ethnic reasons. Some also argue that separate education for immigrants can be more effective for enhancing educational outcomes.

Rather than implementing anti-segregation measures, some Dutch researchers, for example, argue that it is more effective to keep investing in 'Black' schools with funds to combat learning disadvantages of ethnic minority students.

Research on the experience of the Hungarian minority in Romania argues that this group has benefited from separate minority education and that integration into the general educational system is not always a necessity for a minority group's educational success.

Recent research on faith based schools in London suggests that segregation in the education system based on religious lines, as opposed to the specific needs of individual immigrant groups, can lead to social segregation along class and race divides.

In the study, many religious secondary schools in London were found not to be serving the most disadvantaged. Some commentators have also voiced concerns that faith based schools are turning into 'white citadels', which has created implications for their role in promoting social cohesion.

Retrieved from <https://www.pobal.ie/Publications/Documents/Understanding%20the%20Challenges%20of%20Immigration%20for%20Education%20Provision%20-%20Oireactas%20Library%20-%202008.pdf>

The educational challenges arising from diversity are amplified because

- a) most migrants are rejected by their new society
- b) a disproportionally high percentage of migrants attend less competitive schools
- c) migrants attending vocational schools are totally incapable of integration
- d) most migrants tend to be directed by their biological diversity

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Segregation or integration?

Research shows that the challenges arising from greater national, ethnic, racial and linguistic diversity are heightened because migrants tend to be directed towards schools with lower performance expectations. Evidence suggests that they tend to be overrepresented in vocational schools, special education and schools situated in deprived neighbourhoods.

How the school system should provide education for immigrant children and how their educational performance can be improved are key questions for the education sector. In this regard, there is some debate on whether immigrant pupils should be integrated into the mainstream school structure by supporting an intercultural approach or whether they should be provided with separate education.

Some commentators are critical of forced efforts to integrate immigrant pupils and highlight the importance of parental/pupil choice in the selection of schools, specifically for social and ethnic reasons. Some also argue that separate education for immigrants can be more effective for enhancing educational outcomes.

Rather than implementing anti-segregation measures, some Dutch researchers, for example, argue that it is more effective to keep investing in 'Black' schools with funds to combat learning disadvantages of ethnic minority students.

Research on the experience of the Hungarian minority in Romania argues that this group has benefited from separate minority education and that integration into the general educational system is not always a necessity for a minority group's educational success.

Recent research on faith based schools in London suggests that segregation in the education system based on religious lines, as opposed to the specific needs of individual immigrant groups, can lead to social segregation along class and race divides.

In the study, many religious secondary schools in London were found not to be serving the most disadvantaged. Some commentators have also voiced concerns that faith based schools are turning into 'white citadels', which has created implications for their role in promoting social cohesion.

The fact that immigrant pupils should be integrated into the mainstream school system

- a) is a well-known, undisputed fact
- b) means that they should be provided with separate education
- c) implies that no intercultural approach needs to be adopted
- d) is an opinion not shared by some

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Segregation or integration?

Research shows that the challenges arising from greater national, ethnic, racial and linguistic diversity are heightened because migrants tend to be directed towards schools with lower performance expectations. Evidence suggests that they tend to be overrepresented in vocational schools, special education and schools situated in deprived neighbourhoods.

How the school system should provide education for immigrant children and how their educational performance can be improved are key questions for the education sector. In this regard, there is some debate on whether immigrant pupils should be integrated into the mainstream school structure by supporting an intercultural approach or whether they should be provided with separate education.

Some commentators are critical of forced efforts to integrate immigrant pupils and highlight the importance of parental/pupil choice in the selection of schools, specifically for social and ethnic reasons. Some also argue that separate education for immigrants can be more effective for enhancing educational outcomes.

Rather than implementing anti-segregation measures, some Dutch researchers, for example, argue that it is more effective to keep investing in 'Black' schools with funds to combat learning disadvantages of ethnic minority students.

Research on the experience of the Hungarian minority in Romania argues that this group has benefited from separate minority education and that integration into the general educational system is not always a necessity for a minority group's educational success.

Recent research on faith based schools in London suggests that segregation in the education system based on religious lines, as opposed to the specific needs of individual immigrant groups, can lead to social segregation along class and race divides.

In the study, many religious secondary schools in London were found not to be serving the most disadvantaged. Some commentators have also voiced concerns that faith based schools are turning into 'white citadels', which has created implications for their role in promoting social cohesion.

More financial investments in schools located in deprived environments could

- a) definitely increase learning disadvantages for migrants
- b) only produce inequalities among migrants

- c) reinforce poor children's learning impairment
- d) help reduce learning disadvantages among migrants

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Segregation or integration?

Research shows that the challenges arising from greater national, ethnic, racial and linguistic diversity are heightened because migrants tend to be directed towards schools with lower performance expectations. Evidence suggests that they tend to be overrepresented in vocational schools, special education and schools situated in deprived neighbourhoods.

How the school system should provide education for immigrant children and how their educational performance can be improved are key questions for the education sector. In this regard, there is some debate on whether immigrant pupils should be integrated into the mainstream school structure by supporting an intercultural approach or whether they should be provided with separate education.

Some commentators are critical of forced efforts to integrate immigrant pupils and highlight the importance of parental/pupil choice in the selection of schools, specifically for social and ethnic reasons. Some also argue that separate education for immigrants can be more effective for enhancing educational outcomes.

Rather than implementing anti-segregation measures, some Dutch researchers, for example, argue that it is more effective to keep investing in 'Black' schools with funds to combat learning disadvantages of ethnic minority students.

Research on the experience of the Hungarian minority in Romania argues that this group has benefited from separate minority education and that integration into the general educational system is not always a necessity for a minority group's educational success.

Recent research on faith based schools in London suggests that segregation in the education system based on religious lines, as opposed to the specific needs of individual immigrant groups, can lead to social segregation along class and race divides.

In the study, many religious secondary schools in London were found not to be serving the most disadvantaged. Some commentators have also voiced concerns that faith based schools are turning into 'white citadels', which has created implications for their role in promoting social cohesion.

Retrieved from <https://www.pobal.ie/Publications/Documents/Understanding%20the%20Challenges%20of%20Immigration%20for%20Education%20Provision%20-%20Oireactas%20Library%20-%202008.pdf>

Separate minority education experiences in Romania

- a) are always negative for the integration of Hungarian minorities
- b) are a necessity for overall educational success
- c) have produced poor effects on migrants' integration
- d) have proved to be successful for the migrants' learning progress

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Segregation or integration?

Research shows that the challenges arising from greater national, ethnic, racial and linguistic diversity are heightened because migrants tend to be directed towards schools with lower performance expectations. Evidence suggests that they tend to be overrepresented in vocational schools, special education and schools situated in deprived neighbourhoods.

How the school system should provide education for immigrant children and how their educational performance can be improved are key questions for the education sector. In this regard, there is some debate on whether immigrant pupils should be integrated into the mainstream school structure by supporting an intercultural approach or whether they should be provided with separate education.

Some commentators are critical of forced efforts to integrate immigrant pupils and highlight the importance of parental/pupil choice in the selection of schools, specifically for social and ethnic reasons. Some also argue that separate education for immigrants can be more effective for enhancing educational outcomes.

Rather than implementing anti-segregation measures, some Dutch researchers, for example, argue that it is more effective to keep investing in 'Black' schools with funds to combat learning disadvantages of ethnic minority students.

Research on the experience of the Hungarian minority in Romania argues that this group has benefited from separate minority education and that integration into the general educational system is not always a necessity for a minority group's educational success.

Recent research on faith based schools in London suggests that segregation in the education system based on religious lines, as opposed to the specific needs of individual immigrant groups, can lead to social segregation along class and race divides.

In the study, many religious secondary schools in London were found not to be serving the most disadvantaged. Some commentators have also voiced concerns that faith based schools are turning into 'white citadels', which has created implications for their role in promoting social cohesion.

Retrieved from <https://www.pobal.ie/Publications/Documents/Understanding%20the%20Challenges%20of%20Immigration%20for%20Education%20Provision%20-%20Oireactas%20Library%20-%202008.pdf>

Faith-based segregation in the education system in London

- a) can cause segregation within society as well
- b) leads to overcome the class and race divides
- c) is not a sign of a segregated society
- d) considers the specific needs of immigrant groups

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Migration and integration

The two most critical factors in the education domain are fluency in the host country's language and a

qualification which is recognised locally. In some countries, such as France, the acquisition of fluency in language skills is the basis of a formal contract (the *contrat d'accueil et d'integration*) between migrants and the local state, requiring that migrants pass both written and oral tests. However, given that education provision is usually the responsibility of the local state, this may lead to significant variations in the quality and availability of support for the acquisition of language skills between different areas.

It is important to recognise that language learning is a need for both children and adults. If children are helped to learn the host country language but parents are not, then discussion at home will take place in the language of the migrant's own country: this means that the adults remain less likely to communicate with others, cannot help their children's educational work and may remain quite isolated. It also places an unreasonable burden on the children.

Despite the advantages of bilingualism (especially where the migrant's native language may have some international resonance), children's language attainment will be held back by a lack of linguistic continuity between school and home. Language learning of course needs to take place not only in schools and communities; it can be provided at the workplace to help the integration of migrant workers, and trades unions may have a role in this regard as may adult education providers from a number of sectors.

Arrival in a host country with a higher level overseas qualification will help in job-seeking but is less significant than a host country qualification. Overseas-born populations tend to have higher rates of possession of qualifications (although there are enormous variations between and within migrant and differing national groups) but often these are not formally recognised in receiving countries.

Retrieved from <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cp304.pdf>

Fluency in the host country's language

- a) is the only critical factor for integration in the host country
- b) as well as a locally accepted certification is a crucial element for integration
- c) consists in the acquisition of fluency in the French language
- d) is the goal of the "contrat d'accueil et d'integration" between migrants and any local state

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Migration and integration

The two most critical factors in the education domain are fluency in the host country's language and a qualification which is recognised locally. In some countries, such as France, the acquisition of fluency in language skills is the basis of a formal contract (the contrat d'accueil et d'integration) between migrants and the local state, requiring that migrants pass both written and oral tests. However, given that education provision is usually the responsibility of the local state, this may lead to significant variations in the quality and availability of support for the acquisition of language skills between different areas.

It is important to recognise that language learning is a need for both children and adults. If children are helped to learn the host country language but parents are not, then discussion at home will take place in the language of the migrant's own country: this means that the adults remain less likely to communicate with others, cannot help their children's educational work and may remain quite isolated. It also places an unreasonable burden on the children.

Despite the advantages of bilingualism (especially where the migrant's native language may have some international resonance), children's language attainment will be held back by a lack of linguistic continuity between school and home. Language learning of course needs to take place not only in schools and communities; it can be provided at the workplace to help the integration of migrant workers, and trades unions may have a role in this regard as may adult education providers from a number of sectors.

Arrival in a host country with a higher level overseas qualification will help in job-seeking but is less significant than a host country qualification. Overseas-born populations tend to have higher rates of possession of qualifications (although there are enormous variations between and within migrant and differing national groups) but often these are not formally recognised in receiving countries.

Retrieved from <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cp304.pdf>

With regard to fluency in the local language, in France

- a) education provision is compulsory at the local and national levels
- b) support for the acquisition of language is usually scanty
- c) migrants usually refuse any linguistic support
- d) migrants need to pass both written and oral tests

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Migration and integration

The two most critical factors in the education domain are fluency in the host country's language and a qualification which is recognised locally. In some countries, such as France, the acquisition of fluency in language skills is the basis of a formal contract (the *contrat d'accueil et d'integration*) between migrants and the local state, requiring that migrants pass both written and oral tests. However, given that education provision is usually the responsibility of the local state, this may lead to significant variations in the quality and availability of support for the acquisition of language skills between different areas.

It is important to recognise that language learning is a need for both children and adults. If children are helped to learn the host country language but parents are not, then discussion at home will take place in the language of the migrant's own country: this means that the adults remain less likely to communicate with others, cannot help their children's educational work and may remain quite isolated. It also places an unreasonable burden on the children.

Despite the advantages of bilingualism (especially where the migrant's native language may have some international resonance), children's language attainment will be held back by a lack of linguistic continuity between school and home. Language learning of course needs to take place not only in schools and communities; it can be provided at the workplace to help the integration of migrant workers, and trades unions may have a role in this regard as may adult education providers from a number of sectors.

Arrival in a host country with a higher level overseas qualification will help in job-seeking but is less significant than a host country qualification. Overseas-born populations tend to have higher rates of possession of qualifications (although there are enormous variations between and within migrant and differing national groups) but often these are not formally recognised in receiving countries.

Retrieved from <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cp304.pdf>

Learning the language of the host country

- a) is important, and this needs to be recognized by all children
- b) is an unreasonable burden on the children
- c) is necessary for both children and adults
- d) often makes adults less communicative and more isolated

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Migration and integration

The two most critical factors in the education domain are fluency in the host country's language and a qualification which is recognised locally. In some countries, such as France, the acquisition of fluency in language skills is the basis of a formal contract (the *contrat d'accueil et d'integration*) between migrants and the local state, requiring

that migrants pass both written and oral tests. However, given that education provision is usually the responsibility of the local state, this may lead to significant variations in the quality and availability of support for the acquisition of language skills between different areas.

It is important to recognise that language learning is a need for both children and adults. If children are helped to learn the host country language but parents are not, then discussion at home will take place in the language of the migrant's own country: this means that the adults remain less likely to communicate with others, cannot help their children's educational work and may remain quite isolated. It also places an unreasonable burden on the children.

Despite the advantages of bilingualism (especially where the migrant's native language may have some international resonance), children's language attainment will be held back by a lack of linguistic continuity between school and home. Language learning of course needs to take place not only in schools and communities; it can be provided at the workplace to help the integration of migrant workers, and trades unions may have a role in this regard as may adult education providers from a number of sectors.

Arrival in a host country with a higher level overseas qualification will help in job-seeking but is less significant than a host country qualification. Overseas-born populations tend to have higher rates of possession of qualifications (although there are enormous variations between and within migrant and differing national groups) but often these are not formally recognised in receiving countries.

Retrieved from <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cp304.pdf>

Linguistic continuity

- a) will predictably held back children's language attainment
- b) between school and home is necessary to improve children's language acquisition
- c) can be provided at the workplace by trades unions, but not by adult education providers
- d) between school and home may have a hindering role in a number of sectors

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Migration and integration

The two most critical factors in the education domain are fluency in the host country's language and a qualification which is recognised locally. In some countries, such as France, the acquisition of fluency in language skills is the basis of a formal contract (the *contrat d'accueil et d'integration*) between migrants and the local state, requiring that migrants pass both written and oral tests. However, given that education provision is usually the responsibility of the local state, this may lead to significant variations in the quality and availability of support for the acquisition of language skills between different areas.

It is important to recognise that language learning is a need for both children and adults. If children are helped to learn the host country language but parents are not, then discussion at home will take place in the language of the migrant's own country: this means that the adults remain less likely to communicate with others, cannot help their children's educational work and may remain quite isolated. It also places an unreasonable burden on the children.

Despite the advantages of bilingualism (especially where the migrant's native language may have some international resonance), children's language attainment will be held back by a lack of linguistic continuity between school and home. Language learning of course needs to take place not only in schools and communities; it can be provided at the workplace to help the integration of migrant workers, and trades unions may have a role in this regard as may adult education providers from a number of sectors.

Arrival in a host country with a higher level overseas qualification will help in job-seeking but is less significant than a host country qualification. Overseas-born populations tend to have higher rates of possession of

qualifications (although there are enormous variations between and within migrant and differing national groups) but often these are not formally recognised in receiving countries.

Retrieved from <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cp304.pdf>

Higher level overseas qualifications

- a) are less important in job-seeking than the receiving country certifications
- b) present negligible variations between and within migrant and differing national groups
- c) cannot significantly help migrants in successful job-seeking in the receiving countries
- d) are always officially recognised in the receiving countries

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

¿QUÉ EXIGE UNA EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA MUNDIAL?

Una educación para la ciudadanía mundial eficaz exige entornos pedagógicos seguros, incluyentes y atractivos. Tales entornos refuerzan la experiencia de la enseñanza y aprendizaje, respaldan diferentes tipos de aprendizaje, valorizan el conocimiento y la experiencia de los educandos y permiten la participación de alumnos de diversas procedencias. Igualmente, garantizan que todos los educandos se sientan valorados e incluidos, y fomentan la colaboración, la interacción sana, el respeto, la sensibilidad cultural y otros valores y competencias necesarios para vivir en un mundo diverso. Dichos entornos también proporcionan un espacio seguro para el debate sobre temas polémicos.

Los educadores cumplen una función crucial en la creación de un entorno pedagógico eficaz. Pueden recurrir a una variedad de enfoques para crear entornos de aprendizaje seguros, incluyentes y atractivos. Por ejemplo, los educandos pueden trabajar con el docente para ponerse de acuerdo sobre las reglas básicas de la interacción, el aula se puede acondicionar para que los educandos puedan trabajar en colaboración en pequeños grupos, los alumnos pueden determinar los recursos con el apoyo del docente, y se les puede asignar espacio para que exhiban su trabajo. Es menester prestar especial atención a los factores que pueden menoscabar la inclusión y limitar las oportunidades de aprendizaje. Esos factores pueden ser, entre otros, la situación económica, la capacidad física y mental, la raza, la cultura, la religión, el género y la orientación sexual.

A medida que evoluciona la manera de entender la educación para la ciudadanía mundial se hace cada vez más hincapié en las correspondientes prácticas de enseñanza y aprendizaje, reconociéndose que las prácticas existentes usualmente hacen énfasis en formas particulares de aprendizaje.

El amplio alcance y la profundidad de los aprendizajes vinculados a la educación para la ciudadanía mundial también exigen una compleja gama de prácticas pedagógicas.

Adaptado de Educación para la ciudadanía mundial. Temas y objetivos de aprendizaje, UNESCO, 2015, Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, en <http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002338/233876S.pdf>

La inclusión educativa

- a) no apoya diferentes tipos de aprendizaje
- b) permite la participación de alumnos de diferentes lugares y le otorga los instrumentos para vivir en un mundo diverso
- c) es imprescindible solamente para los educandos con riesgo de exclusión

- d) determina el sentido de pertenencia a una comunidad, siendo eficaz tanto a nivel socioemocional como conductual

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

¿QUÉ EXIGE UNA EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA MUNDIAL?

Una educación para la ciudadanía mundial eficaz exige entornos pedagógicos seguros, incluyentes y atractivos. Tales entornos refuerzan la experiencia de la enseñanza y aprendizaje, respaldan diferentes tipos de aprendizaje, valorizan el conocimiento y la experiencia de los educandos y permiten la participación de alumnos de diversas procedencias. Igualmente, garantizan que todos los educandos se sientan valorados e incluidos, y fomentan la colaboración, la interacción sana, el respeto, la sensibilidad cultural y otros valores y competencias necesarios para vivir en un mundo diverso. Dichos entornos también proporcionan un espacio seguro para el debate sobre temas polémicos.

Los educadores cumplen una función crucial en la creación de un entorno pedagógico eficaz. Pueden recurrir a una variedad de enfoques para crear entornos de aprendizaje seguros, incluyentes y atractivos. Por ejemplo, los educandos pueden trabajar con el docente para ponerse de acuerdo sobre las reglas básicas de la interacción, el aula se puede acondicionar para que los educandos puedan trabajar en colaboración en pequeños grupos, los alumnos pueden determinar los recursos con el apoyo del docente, y se les puede asignar espacio para que exhiban su trabajo. Es menester prestar especial atención a los factores que pueden menoscabar la inclusión y limitar las oportunidades de aprendizaje. Esos factores pueden ser, entre otros, la situación económica, la capacidad física y mental, la raza, la cultura, la religión, el género y la orientación sexual.

A medida que evoluciona la manera de entender la educación para la ciudadanía mundial se hace cada vez más hincapié en las correspondientes prácticas de enseñanza y aprendizaje, reconociéndose que las prácticas existentes usualmente hacen énfasis en formas particulares de aprendizaje.

El amplio alcance y la profundidad de los aprendizajes vinculados a la educación para la ciudadanía mundial también exigen una compleja gama de prácticas pedagógicas.

Adaptado de Educación para la ciudadanía mundial. Temas y objetivos de aprendizaje, UNESCO, 2015, Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, en <http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002338/233876S.pdf>

¿Qué factores perjudican un entorno educativo mundial eficaz?

- a) Múltiples, y destacan mayormente los factores económicos
- b) Solamente los siguientes factores: la situación económica, la capacidad física y mental, la raza, la cultura, la religión, el género y la orientación sexual
- c) Múltiples, y se trata principalmente de factores que impiden las oportunidades de aprendizaje
- d) Múltiples, y se trata de factores que favorecen la diversidad entre los educandos en la etapa de escolarización

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

¿QUÉ EXIGE UNA EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA MUNDIAL?

Una educación para la ciudadanía mundial eficaz exige entornos pedagógicos seguros, incluyentes y atractivos. Tales entornos refuerzan la experiencia de la enseñanza y aprendizaje, respaldan diferentes tipos de aprendizaje, valorizan el conocimiento y la experiencia de los educandos y permiten la participación de alumnos de diversas procedencias. Igualmente, garantizan que todos los educandos se sientan valorados e incluidos, y fomentan la colaboración, la interacción sana, el respeto, la sensibilidad cultural y otros valores y competencias

necesarios para vivir en un mundo diverso. Dichos entornos también proporcionan un espacio seguro para el debate sobre temas polémicos.

Los educadores cumplen una función crucial en la creación de un entorno pedagógico eficaz. Pueden recurrir a una variedad de enfoques para crear entornos de aprendizaje seguros, incluyentes y atractivos. Por ejemplo, los educandos pueden trabajar con el docente para ponerse de acuerdo sobre las reglas básicas de la interacción, el aula se puede acondicionar para que los educandos puedan trabajar en colaboración en pequeños grupos, los alumnos pueden determinar los recursos con el apoyo del docente, y se les puede asignar espacio para que exhiban su trabajo. Es menester prestar especial atención a los factores que pueden menoscabar la inclusión y limitar las oportunidades de aprendizaje. Esos factores pueden ser, entre otros, la situación económica, la capacidad física y mental, la raza, la cultura, la religión, el género y la orientación sexual.

A medida que evoluciona la manera de entender la educación para la ciudadanía mundial se hace cada vez más hincapié en las correspondientes prácticas de enseñanza y aprendizaje, reconociéndose que las prácticas existentes usualmente hacen énfasis en formas particulares de aprendizaje.

El amplio alcance y la profundidad de los aprendizajes vinculados a la educación para la ciudadanía mundial también exigen una compleja gama de prácticas pedagógicas.

Adaptado de Educación para la ciudadanía mundial. Temas y objetivos de aprendizaje, UNESCO, 2015, Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, en <http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002338/233876S.pdf>

En estos entornos

- a) los educadores crean un entorno pedagógico eficaz, imponiendo a los educandos las reglas básicas de convivencia
- b) los educadores desempeñan un papel de especialistas en la materia y mediadores ante situaciones conflictivas
- c) los educadores y los alumnos pueden colaborar para decidir las normas de la interacción
- d) los educadores trabajan con los educandos solo con el fin de conformar un entorno educativo seguro

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

¿QUÉ EXIGE UNA EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA MUNDIAL?

Una educación para la ciudadanía mundial eficaz exige entornos pedagógicos seguros, incluyentes y atractivos. Tales entornos refuerzan la experiencia de la enseñanza y aprendizaje, respaldan diferentes tipos de aprendizaje, valorizan el conocimiento y la experiencia de los educandos y permiten la participación de alumnos de diversas procedencias. Igualmente, garantizan que todos los educandos se sientan valorados e incluidos, y fomentan la colaboración, la interacción sana, el respeto, la sensibilidad cultural y otros valores y competencias necesarios para vivir en un mundo diverso. Dichos entornos también proporcionan un espacio seguro para el debate sobre temas polémicos.

Los educadores cumplen una función crucial en la creación de un entorno pedagógico eficaz. Pueden recurrir a una variedad de enfoques para crear entornos de aprendizaje seguros, incluyentes y atractivos. Por ejemplo, los educandos pueden trabajar con el docente para ponerse de acuerdo sobre las reglas básicas de la interacción, el aula se puede acondicionar para que los educandos puedan trabajar en colaboración en pequeños grupos, los alumnos pueden determinar los recursos con el apoyo del docente, y se les puede asignar espacio para que exhiban su trabajo. Es menester prestar especial atención a los factores que pueden menoscabar la inclusión y limitar las oportunidades de aprendizaje. Esos factores pueden ser, entre otros, la situación económica, la capacidad física y mental, la raza, la cultura, la religión, el género y la orientación sexual.

A medida que evoluciona la manera de entender la educación para la ciudadanía mundial se hace cada vez más hincapié en las correspondientes prácticas de enseñanza y aprendizaje, reconociéndose que las prácticas existentes usualmente hacen énfasis en formas particulares de aprendizaje.

El amplio alcance y la profundidad de los aprendizajes vinculados a la educación para la ciudadanía mundial también exigen una compleja gama de prácticas pedagógicas.

El tema de la ciudadanía mundial

- a) desatiende cualquier tipología de aprendizaje autónomo
- b) resulta más atractiva y eficaz porque permite debatir temas polémicos
- c) proporciona un entorno pedagógico seguro y eficaz
- d) avala tipologías de aprendizaje diferentes primando la experiencia colaborativa

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

¿QUÉ EXIGE UNA EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA MUNDIAL?

Una educación para la ciudadanía mundial eficaz exige entornos pedagógicos seguros, incluyentes y atractivos. Tales entornos refuerzan la experiencia de la enseñanza y aprendizaje, respaldan diferentes tipos de aprendizaje, valorizan el conocimiento y la experiencia de los educandos y permiten la participación de alumnos de diversas procedencias. Igualmente, garantizan que todos los educandos se sientan valorados e incluidos, y fomentan la colaboración, la interacción sana, el respeto, la sensibilidad cultural y otros valores y competencias necesarios para vivir en un mundo diverso. Dichos entornos también proporcionan un espacio seguro para el debate sobre temas polémicos.

Los educadores cumplen una función crucial en la creación de un entorno pedagógico eficaz. Pueden recurrir a una variedad de enfoques para crear entornos de aprendizaje seguros, incluyentes y atractivos. Por ejemplo, los educandos pueden trabajar con el docente para ponerse de acuerdo sobre las reglas básicas de la interacción, el aula se puede acondicionar para que los educandos puedan trabajar en colaboración en pequeños grupos, los alumnos pueden determinar los recursos con el apoyo del docente, y se les puede asignar espacio para que exhiban su trabajo. Es menester prestar especial atención a los factores que pueden menoscabar la inclusión y limitar las oportunidades de aprendizaje. Esos factores pueden ser, entre otros, la situación económica, la capacidad física y mental, la raza, la cultura, la religión, el género y la orientación sexual.

A medida que evoluciona la manera de entender la educación para la ciudadanía mundial se hace cada vez más hincapié en las correspondientes prácticas de enseñanza y aprendizaje, reconociéndose que las prácticas existentes usualmente hacen énfasis en formas particulares de aprendizaje.

El amplio alcance y la profundidad de los aprendizajes vinculados a la educación para la ciudadanía mundial también exigen una compleja gama de prácticas pedagógicas.

Adaptado de Educación para la ciudadanía mundial. Temas y objetivos de aprendizaje, UNESCO, 2015, Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, en <http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002338/233876S.pdf>

La seguridad del entorno pedagógico

- a) en la actualidad carece de recursos y debe construirse tanto desde el punto de vista físico, como emocional, con el fin de fomentar la interacción y la sensibilidad cultural
- b) favorece la colaboración y la convivencia respetando las diferencias que existen entre los alumnos de diferentes orígenes
- c) necesita de un espacio exclusivo para los alumnos trabajen en grupo
- d) se centra principalmente en la práctica de la enseñanza

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

CIUDADANÍA Y EDUCACIÓN

La relación entre sociedad y educación lleva a la reflexión planteada por la profesora Aguado, "La reflexión sobre la educación, entendida como elaboración cultural, y basada en la valoración de la diversidad cultural. Promueve prácticas educativas dirigidas a todos y cada uno de los miembros de la sociedad en su conjunto. Propone un modelo de análisis y de actuación que afecte a todas las dimensiones del proceso educativo. Se trata de lograr la igualdad de oportunidades (entendida como oportunidades de elección y de acceso a recursos sociales, económicos y educativos), la superación del racismo y la adquisición de competencia intercultural en todas las personas, sea cual sea su grupo cultural de referencia" (Aguado Odina, 2003)

Teniendo esto en cuenta se puede plantear como principio educativo en el ámbito escolar la potenciación del desarrollo y la adquisición de la competencia intercultural, pudiendo llegar a ser incluso motor de cambio y generador de igualdad de oportunidades. Pero para ello la escuela ha de tener claro qué le demanda la sociedad a la cual sirve, qué tipo de ciudadano quiere formar, qué evolución social propone y qué facilidades da a la promoción de la aculturación de su alumnado. (...)

Si se hace un breve repaso del recorrido histórico de la relación entre sociedad y educación y sociedad y escuela, se observa que desde los inicios la sociedad ha ido creando diferentes propuestas de formación de sus miembros, desde el planteamiento de la transmisión de contenidos al desarrollo del espíritu de compromiso, de libertad de acción, de pensamiento y de colaboración entre el que dirige el proceso educativo y el que lo construye.

Esta última propuesta de formación de construcción del proceso implica en su desarrollo el concepto de formación integral de la persona, formación que no puede desarrollarse de manera individual, sino que necesita de la sociedad para crecer de manera armónica.

Adaptado de EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA Una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias, Cordero González C., Tesis doctoral, UNED

El tema de ciudadanía y educación

- a) se refiere a todos los aspectos del proceso educativo y aspira a la igualdad de oportunidades
- b) requiere que la sociedad se involucre de inmediato en el proceso educativo
- c) precisa de un ingente aparato de recursos para conseguir igualar las oportunidades de acceso y de elección
- d) valora todos los aspectos del proceso educativo y aspira a igualar las oportunidades de acceso a los recursos

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

CIUDADANÍA Y EDUCACIÓN

La relación entre sociedad y educación lleva a la reflexión planteada por la profesora Aguado, "La reflexión sobre la educación, entendida como elaboración cultural, y basada en la valoración de la diversidad cultural. Promueve prácticas educativas dirigidas a todos y cada uno de los miembros de la sociedad en su conjunto. Propone un modelo de análisis y de actuación que afecte a todas las dimensiones del proceso educativo. Se trata de lograr la igualdad de oportunidades (entendida como oportunidades de elección y de acceso a recursos sociales, económicos y educativos), la superación del racismo y la adquisición de competencia intercultural en todas las personas, sea cual sea su grupo cultural de referencia" (Aguado Odina, 2003)

Teniendo esto en cuenta se puede plantear como principio educativo en el ámbito escolar la potenciación del desarrollo y la adquisición de la competencia intercultural, pudiendo llegar a ser incluso motor de cambio y generador de igualdad de oportunidades. Pero para ello la escuela ha de tener claro qué le demanda la sociedad

a la cual sirve, qué tipo de ciudadano quiere formar, qué evolución social propone y qué facilidades da a la promoción de la aculturación de su alumnado. (...)

Si se hace un breve repaso del recorrido histórico de la relación entre sociedad y educación y sociedad y escuela, se observa que desde los inicios la sociedad ha ido creando diferentes propuestas de formación de sus miembros, desde el planteamiento de la transmisión de contenidos al desarrollo del espíritu de compromiso, de libertad de acción, de pensamiento y de colaboración entre el que dirige el proceso educativo y el que lo construye.

Esta última propuesta de formación de construcción del proceso implica en su desarrollo el concepto de formación integral de la persona, formación que no puede desarrollarse de manera individual, sino que necesita de la sociedad para crecer de manera armónica.

Adaptado de EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA Una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias, Cordero González C., Tesis doctoral, UNED

La propuesta de Aguado

- a) carece de un modelo de análisis y de actuación que solo afecta a una fase del proceso educativo
- b) se comprende como proceso cultural, y se sustenta en la valoración de la diversidad cultural
- c) aboga por la implementación de prácticas educativas de tipo complejo en los centros de Educación Secundaria
- d) combina prácticas socioeducativas innovadoras en los centros de Educación Secundaria sin superar problemas de racismo

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

CIUDADANÍA Y EDUCACIÓN

La relación entre sociedad y educación lleva a la reflexión planteada por la profesora Aguado, "La reflexión sobre la educación, entendida como elaboración cultural, y basada en la valoración de la diversidad cultural. Promueve prácticas educativas dirigidas a todos y cada uno de los miembros de la sociedad en su conjunto. Propone un modelo de análisis y de actuación que afecte a todas las dimensiones del proceso educativo. Se trata de lograr la igualdad de oportunidades (entendida como oportunidades de elección y de acceso a recursos sociales, económicos y educativos), la superación del racismo y la adquisición de competencia intercultural en todas las personas, sea cual sea su grupo cultural de referencia" (Aguado Odina, 2003)

Teniendo esto en cuenta se puede plantear como principio educativo en el ámbito escolar la potenciación del desarrollo y la adquisición de la competencia intercultural, pudiendo llegar a ser incluso motor de cambio y generador de igualdad de oportunidades. Pero para ello la escuela ha de tener claro qué le demanda la sociedad a la cual sirve, qué tipo de ciudadano quiere formar, qué evolución social propone y qué facilidades da a la promoción de la aculturación de su alumnado. (...)

Si se hace un breve repaso del recorrido histórico de la relación entre sociedad y educación y sociedad y escuela, se observa que desde los inicios la sociedad ha ido creando diferentes propuestas de formación de sus miembros, desde el planteamiento de la transmisión de contenidos al desarrollo del espíritu de compromiso, de libertad de acción, de pensamiento y de colaboración entre el que dirige el proceso educativo y el que lo construye.

Esta última propuesta de formación de construcción del proceso implica en su desarrollo el concepto de formación integral de la persona, formación que no puede desarrollarse de manera individual, sino que necesita de la sociedad para crecer de manera armónica.

Adaptado de EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA Una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias, Cordero González C., Tesis doctoral, UNED

La mirada retrospectiva sobre la relación entre educación y ciudadanía

- a) define problemáticas todavía actuales y propone la competencia entre alumnos
- b) subraya la variedad de propuestas educativas
- c) determina las actuaciones educativas más acuciantes para favorecer al educador
- d) aspira a construir una relación más individual entre educadores y educandos

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

CIUDADANÍA Y EDUCACIÓN

La relación entre sociedad y educación lleva a la reflexión planteada por la profesora Aguado, "La reflexión sobre la educación, entendida como elaboración cultural, y basada en la valoración de la diversidad cultural. Promueve prácticas educativas dirigidas a todos y cada uno de los miembros de la sociedad en su conjunto. Propone un modelo de análisis y de actuación que afecte a todas las dimensiones del proceso educativo. Se trata de lograr la igualdad de oportunidades (entendida como oportunidades de elección y de acceso a recursos sociales, económicos y educativos), la superación del racismo y la adquisición de competencia intercultural en todas las personas, sea cual sea su grupo cultural de referencia" (Aguado Odina, 2003)

Teniendo esto en cuenta se puede plantear como principio educativo en el ámbito escolar la potenciación del desarrollo y la adquisición de la competencia intercultural, pudiendo llegar a ser incluso motor de cambio y generador de igualdad de oportunidades. Pero para ello la escuela ha de tener claro qué le demanda la sociedad a la cual sirve, qué tipo de ciudadano quiere formar, qué evolución social propone y qué facilidades da a la promoción de la aculturación de su alumnado. (...)

Si se hace un breve repaso del recorrido histórico de la relación entre sociedad y educación y sociedad y escuela, se observa que desde los inicios la sociedad ha ido creando diferentes propuestas de formación de sus miembros, desde el planteamiento de la transmisión de contenidos al desarrollo del espíritu de compromiso, de libertad de acción, de pensamiento y de colaboración entre el que dirige el proceso educativo y el que lo construye.

Esta última propuesta de formación de construcción del proceso implica en su desarrollo el concepto de formación integral de la persona, formación que no puede desarrollarse de manera individual, sino que necesita de la sociedad para crecer de manera armónica.

Adaptado de EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA Una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias, Cordero González C., Tesis doctoral, UNED

El concepto de formación integral

- a) prima el desarrollo comportamental del educando en la sociedad en el ambiente eclesiástico
- b) contempla el desarrollo del educando de manera conjunta entre las escuelas y la sociedad
- c) tiene que ver con un planteamiento innecesario del principio educativo
- d) atiende al desarrollo psíquico del educando y de su pensamiento individual

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

CIUDADANÍA Y EDUCACIÓN

La relación entre sociedad y educación lleva a la reflexión planteada por la profesora Aguado, "La reflexión sobre la educación, entendida como elaboración cultural, y basada en la valoración de la diversidad cultural. Promueve prácticas educativas dirigidas a todos y cada uno de los miembros de la sociedad en su conjunto. Propone un modelo de análisis y de actuación que afecte a todas las dimensiones del proceso educativo. Se trata de lograr la igualdad de oportunidades (entendida como oportunidades de elección y de acceso a recursos sociales, económicos y educativos), la superación del racismo y la adquisición de

competencia intercultural en todas las personas, sea cual sea su grupo cultural de referencia" (Aguado Odina, 2003)

Teniendo esto en cuenta se puede plantear como principio educativo en el ámbito escolar la potenciación del desarrollo y la adquisición de la competencia intercultural, pudiendo llegar a ser incluso motor de cambio y generador de igualdad de oportunidades. Pero para ello la escuela ha de tener claro qué le demanda la sociedad a la cual sirve, qué tipo de ciudadano quiere formar, qué evolución social propone y qué facilidades da a la promoción de la aculturación de su alumnado. (...)

Si se hace un breve repaso del recorrido histórico de la relación entre sociedad y educación y sociedad y escuela, se observa que desde los inicios la sociedad ha ido creando diferentes propuestas de formación de sus miembros, desde el planteamiento de la transmisión de contenidos al desarrollo del espíritu de compromiso, de libertad de acción, de pensamiento y de colaboración entre el que dirige el proceso educativo y el que lo construye.

Esta última propuesta de formación de construcción del proceso implica en su desarrollo el concepto de formación integral de la persona, formación que no puede desarrollarse de manera individual, sino que necesita de la sociedad para crecer de manera armónica.

Adaptado de EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA Una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias, Cordero González C., Tesis doctoral, UNED

¿Qué tiene que tener en cuenta la escuela?

- a) El tipo de persona que le requiere la sociedad donde está integrado el centro escolar
- b) La potencia económica que supone como institución en el entorno social en el que se encuentra
- c) Los pensamientos políticos de la sociedad que transmiten los orientadores
- d) La adquisición de un compromiso económico

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La notion d'école inclusive repose en premier lieu sur un principe éthique : celui du droit pour tout enfant, quel qu'il soit, à fréquenter l'école ordinaire. Elle s'oppose à l'exclusion ou à la mise à l'écart de certaines catégories d'enfants, en fonction de leurs caractéristiques. Elle se distingue aussi de l'intégration dans le sens où il ne s'agit pas d'accepter à l'école, ou d'y réintégrer, des enfants considérés au départ comme nécessitant une éducation séparée, en raison de différences ou de particularités. Une telle orientation mène en effet « à se demander quels élèves peuvent effectivement bénéficier de l'intégration et, par conséquent, quels dispositifs adopter : intégration à temps partiel ou non, classes ou unités spéciales etc. » (Plaisance, 2005). L'éducation inclusive, au contraire, est une position radicale « demandant que les écoles se transforment elles-mêmes en communautés scolaires où tous les apprenants sont accueillis sur la base d'un droit égal » (Armstrong, 1998). Ce principe dépasse largement les seuls enfants en situation de handicap et concerne l'ensemble des élèves, quelles que soient leurs caractéristiques, individuelles, sociales, culturelles. Poser ce principe ne signifie pas pour autant un nivellement des différences, mais au contraire une reconnaissance de la diversité. L'objectif est de développer une école qui accepte et prenne en compte les différences. Mais une différence fondamentale avec l'intégration est que les conditions à rechercher ne se situent pas au même niveau. Dans une perspective d'intégration, elles se situent plutôt du côté des enfants. C'est sur eux essentiellement que repose l'effort d'adaptation à l'école et à ses normes de fonctionnement. Des aides individuelles leur sont en général apportées pour leur permettre de suivre l'enseignement tel qu'il est. Dans une perspective inclusive, on considère que c'est prioritairement à l'école de s'adapter pour prendre en compte la diversité des élèves, c'est-à-dire de s'engager dans une évolution des pratiques d'accueil et d'enseignement, pour permettre à tous les élèves d'apprendre.

Adapté de Éric Plaisance, Intégration ou inclusion? Éléments pour contribuer au débat, 2007.

Le principe de l'école inclusive repose sur :

- a) le soutien à l'intégration des immigrés.
- b) le soutien financier.
- c) le droit à l'éducation pour tout enfant.
- d) l'aide aux enfants en situation d'handicap.

Quesito 7 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La notion d'école inclusive repose en premier lieu sur un principe éthique : celui du droit pour tout enfant, quel qu'il soit, à fréquenter l'école ordinaire. Elle s'oppose à l'exclusion ou à la mise à l'écart de certaines catégories d'enfants, en fonction de leurs caractéristiques. Elle se distingue aussi de l'intégration dans le sens où il ne s'agit pas d'accepter à l'école, ou d'y réintégrer, des enfants considérés au départ comme nécessitant une éducation séparée, en raison de différences ou de particularités. Une telle orientation mène en effet « à se demander quels élèves peuvent effectivement bénéficier de l'intégration et, par conséquent, quels dispositifs adopter : intégration à temps partiel ou non, classes ou unités spéciales etc. » (Plaisance, 2005). L'éducation inclusive, au contraire, est une position radicale « demandant que les écoles se transforment elles-mêmes en communautés scolaires où tous les apprenants sont accueillis sur la base d'un droit égal » (Armstrong, 1998). Ce principe dépasse largement les seuls enfants en situation de handicap et concerne l'ensemble des élèves, quelles que soient leurs caractéristiques, individuelles, sociales, culturelles. Poser ce principe ne signifie pas pour autant un nivellement des différences, mais au contraire une reconnaissance de la diversité. L'objectif est de développer une école qui accepte et prenne en compte les différences. Mais une différence fondamentale avec l'intégration est que les conditions à rechercher ne se situent pas au même niveau. Dans une perspective d'intégration, elles se situent plutôt du côté des enfants. C'est sur eux essentiellement que repose l'effort d'adaptation à l'école et à ses normes de fonctionnement. Des aides individuelles leur sont en général apportées pour leur permettre de suivre l'enseignement tel qu'il est. Dans une perspective inclusive, on considère que c'est prioritairement à l'école de s'adapter pour prendre en compte la diversité des élèves, c'est-à-dire de s'engager dans une évolution des pratiques d'accueil et d'enseignement, pour permettre à tous les élèves d'apprendre.

Adapté de Éric Plaisance, *Intégration ou inclusion? Éléments pour contribuer au débat*, 2007.

Selon l'auteur du texte, la notion d'intégration est placée davantage du côté de :

- a) l'enfant.
- b) des institutions gouvernementales.
- c) de l'école.
- d) des politiciens.

Quesito 7 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La notion d'école inclusive repose en premier lieu sur un principe éthique : celui du droit pour tout enfant, quel qu'il soit, à fréquenter l'école ordinaire. Elle s'oppose à l'exclusion ou à la mise à l'écart de certaines catégories d'enfants, en fonction de leurs caractéristiques. Elle se distingue aussi de l'intégration dans le sens où il ne s'agit pas d'accepter à l'école, ou d'y réintégrer, des enfants considérés au départ comme nécessitant une éducation séparée, en raison de différences ou de particularités. Une telle orientation mène en effet « à se demander quels élèves peuvent effectivement bénéficier de l'intégration et, par conséquent, quels dispositifs adopter : intégration à temps partiel ou non, classes ou unités spéciales etc. » (Plaisance, 2005). L'éducation inclusive, au contraire, est une position radicale « demandant que les écoles se transforment elles-mêmes en communautés scolaires où tous les apprenants sont accueillis sur la base d'un droit égal » (Armstrong, 1998). Ce principe dépasse

largement les seuls enfants en situation de handicap et concerne l'ensemble des élèves, quelles que soient leurs caractéristiques, individuelles, sociales, culturelles. Poser ce principe ne signifie pas pour autant un nivellement des différences, mais au contraire une reconnaissance de la diversité. L'objectif est de développer une école qui accepte et prenne en compte les différences. Mais une différence fondamentale avec l'intégration est que les conditions à rechercher ne se situent pas au même niveau. Dans une perspective d'intégration, elles se situent plutôt du côté des enfants. C'est sur eux essentiellement que repose l'effort d'adaptation à l'école et à ses normes de fonctionnement. Des aides individuelles leur sont en général apportées pour leur permettre de suivre l'enseignement tel qu'il est. Dans une perspective inclusive, on considère que c'est prioritairement à l'école de s'adapter pour prendre en compte la diversité des élèves, c'est-à-dire de s'engager dans une évolution des pratiques d'accueil et d'enseignement, pour permettre à tous les élèves d'apprendre.

Adapté de Éric Plaisance, *Intégration ou inclusion? Éléments pour contribuer au débat*, 2007.

Le but de l'école inclusive est principalement de :

- a) favoriser l'intégration.
- b) soutenir les parents.
- c) réduire les obstacles aux apprentissages.
- d) faire le diagnostic des handicaps.

Quesito 7 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La notion d'école inclusive repose en premier lieu sur un principe éthique : celui du droit pour tout enfant, quel

qu'il soit, à fréquenter l'école ordinaire. Elle s'oppose à l'exclusion ou à la mise à l'écart de certaines catégories d'enfants, en fonction de leurs caractéristiques. Elle se distingue aussi de l'intégration dans le sens où il ne s'agit pas d'accepter à l'école, ou d'y réintégrer, des enfants considérés au départ comme nécessitant une éducation séparée, en raison de différences ou de particularités. Une telle orientation mène en effet « à se demander quels élèves peuvent effectivement bénéficier de l'intégration et, par conséquent, quels dispositifs adopter : intégration à temps partiel ou non, classes ou unités spéciales etc. » (Plaisance, 2005). L'éducation inclusive, au contraire, est une position radicale « demandant que les écoles se transforment elles-mêmes en communautés scolaires où tous les apprenants sont accueillis sur la base d'un droit égal » (Armstrong, 1998). Ce principe dépasse largement les seuls enfants en situation de handicap et concerne l'ensemble des élèves, quelles que soient leurs caractéristiques, individuelles, sociales, culturelles. Poser ce principe ne signifie pas pour autant un nivellement des différences, mais au contraire une reconnaissance de la diversité. L'objectif est de développer une école qui accepte et prenne en compte les différences. Mais une différence fondamentale avec l'intégration est que les conditions à rechercher ne se situent pas au même niveau. Dans une perspective d'intégration, elles se situent plutôt du côté des enfants. C'est sur eux essentiellement que repose l'effort d'adaptation à l'école et à ses normes de fonctionnement. Des aides individuelles leur sont en général apportées pour leur permettre de suivre l'enseignement tel qu'il est. Dans une perspective inclusive, on considère que c'est prioritairement à l'école de s'adapter pour prendre en compte la diversité des élèves, c'est-à-dire de s'engager dans une évolution des pratiques d'accueil et d'enseignement, pour permettre à tous les élèves d'apprendre.

Adapté de Éric Plaisance, *Intégration ou inclusion? Éléments pour contribuer au débat*, 2007.

L'école inclusive reconnaît-elle la diversité ?

- a) Jamais.
- b) Parfois.
- c) Non.

d) Oui.

Quesito 7 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La notion d'école inclusive repose en premier lieu sur un principe éthique : celui du droit pour tout enfant, quel qu'il soit, à fréquenter l'école ordinaire. Elle s'oppose à l'exclusion ou à la mise à l'écart de certaines catégories d'enfants, en fonction de leurs caractéristiques. Elle se distingue aussi de l'intégration dans le sens où il ne s'agit pas d'accepter à l'école, ou d'y réintégrer, des enfants considérés au départ comme nécessitant une éducation séparée, en raison de différences ou de particularités. Une telle orientation mène en effet « à se demander quels élèves peuvent effectivement bénéficier de l'intégration et, par conséquent, quels dispositifs adopter : intégration à temps partiel ou non, classes ou unités spéciales etc. » (Plaisance, 2005). L'éducation inclusive, au contraire, est une position radicale « demandant que les écoles se transforment elles-mêmes en communautés scolaires où tous les apprenants sont accueillis sur la base d'un droit égal » (Armstrong, 1998). Ce principe dépasse largement les seuls enfants en situation de handicap et concerne l'ensemble des élèves, quelles que soient leurs caractéristiques, individuelles, sociales, culturelles. Poser ce principe ne signifie pas pour autant un nivellement des différences, mais au contraire une reconnaissance de la diversité. L'objectif est de développer une école qui accepte et prenne en compte les différences. Mais une différence fondamentale avec l'intégration est que les conditions à rechercher ne se situent pas au même niveau. Dans une perspective d'intégration, elles se situent plutôt du côté des enfants. C'est sur eux essentiellement que repose l'effort d'adaptation à l'école et à ses normes de fonctionnement. Des aides individuelles leur sont en général apportées pour leur permettre de suivre l'enseignement tel qu'il est. Dans une perspective inclusive, on considère que c'est prioritairement à l'école de s'adapter pour prendre en compte la diversité des élèves, c'est-à-dire de s'engager dans une évolution des pratiques d'accueil et d'enseignement, pour permettre à tous les élèves d'apprendre.

Adapté de Éric Plaisance, *Intégration ou inclusion? Éléments pour contribuer au débat*, 2007.

Dans l'école inclusive :

- a) Ce sont les élèves différents qui s'adaptent progressivement à l'école.
- b) C'est l'école qui s'adapte à la diversité des élèves.
- c) Ce sont les enseignants qui imposent les normes.
- d) Ce sont les enfants entre eux, aidés par les adultes, qui apprennent à se respecter.

Quesito 8 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Selon Gérard Noiriel "il n'y a aucune loi permettant de mesurer l'intégration comme un thermomètre mesure la température". D'ailleurs, pour l'historien, les étrangers qui seraient rentrés chez eux ou partis vivre ailleurs qu'en France seraient au moins aussi nombreux que celles et ceux qui auraient décidé d'y rester. Pour ces derniers, longtemps, la question ne s'est pas ou peu posée. L'idée étant que l'intégration est un processus au long cours, qui va sans se dire, sans bruits ni publicité, dans l'intimité des multiples relations quotidiennes. Depuis les années 80, l'intégration des immigrés est devenue un refrain politique avec, en toile de fonds, une réflexion sur la capacité ou la volonté du pays à accueillir de nouveaux citoyens. La première se jauge à l'aune du désir des arrivants de faire leur la langue, les valeurs, les usages du pays. La seconde interroge la place faite – ou pas – à la "diversité" perçue, en soi, comme un "enrichissement". L'intégration renvoie non pas à tous ceux qui vivent en France mais à ceux qui "sont appelés" à y vivre : rien moins que 11,5 millions de personnes (19% de la population française) comprenant cinq millions d'immigrés, "dont 2 millions sont devenues françaises", et 6,5 millions d'enfants d'immigrés. Il est d'usage de distinguer intégration et assimilation : la première ne viserait pas à réduire toutes les différences. L'insertion relève plutôt des questions économiques et sociales comme l'accès au marché du travail ou le niveau de formation... indispensables pour faciliter une intégration qui renvoie, elle, à la capacité (et à la volonté) d'adopter les valeurs, les modes de vie, les principes civiques, la langue de la société d'accueil. Sans insertion, difficile de s'intégrer. A contrario, on peut être intégré sans être inséré... "Intégré je le suis, où est la solution ?" chante le groupe Zebda.

Selon l'auteur du texte, est-il aujourd'hui possible de mesurer l'intégration ?

- a) À certaines conditions.
- b) Non.
- c) Oui.
- d) Uniquement dans le cas des enfants.

Quesito 8 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Selon Gérard Noiriel "il n'y a aucune loi permettant de mesurer l'intégration comme un thermomètre mesure la température". D'ailleurs, pour l'historien, les étrangers qui seraient rentrés chez eux ou partis vivre ailleurs qu'en France seraient au moins aussi nombreux que celles et ceux qui auraient décidé d'y rester. Pour ces derniers, longtemps, la question ne s'est pas ou peu posée. L'idée étant que l'intégration est un processus au long cours, qui va sans se dire, sans bruits ni publicité, dans l'intimité des multiples relations quotidiennes. Depuis les années 80, l'intégration des immigrés est devenue un refrain politique avec, en toile de fonds, une réflexion sur la capacité ou la volonté du pays à accueillir de nouveaux citoyens. La première se jauge à l'aune du désir des arrivants de faire leur la langue, les valeurs, les usages du pays. La seconde interroge la place faite – ou pas – à la "diversité" perçue, en soi, comme un "enrichissement". L'intégration renvoie non pas à tous ceux qui vivent en France mais à ceux qui "sont appelées" à y vivre : rien moins que 11,5 millions de personnes (19% de la population française) comprenant cinq millions d'immigrés, "dont 2 millions sont devenues françaises", et 6,5 millions d'enfants d'immigrés. Il est d'usage de distinguer intégration et assimilation : la première ne viserait pas à réduire toutes les différences. L'insertion relève plutôt des questions économiques et sociales comme l'accès au marché du travail ou le niveau de formation... indispensables pour faciliter une intégration qui renvoie, elle, à la capacité (et à la volonté) d'adopter les valeurs, les modes de vie, les principes civiques, la langue de la société d'accueil. Sans insertion, difficile de s'intégrer. A contrario, on peut être intégré sans être inséré... "Intégré je le suis, où est la solution ?" chante le groupe Zebda.

D'après Mustapha Harzoune, Que faut-il entendre par intégration ?, 2012 (<http://www.histoire-immigration.fr>)

Dans le texte, l'intégration est définie comme un phénomène :

- a) imprévisible.
- b) à court terme.
- c) à long terme.
- d) inattendu.

Quesito 8 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Selon Gérard Noiriel "il n'y a aucune loi permettant de mesurer l'intégration comme un thermomètre mesure la température". D'ailleurs, pour l'historien, les étrangers qui seraient rentrés chez eux ou partis vivre ailleurs qu'en France seraient au moins aussi nombreux que celles et ceux qui auraient décidé d'y rester. Pour ces derniers, longtemps, la question ne s'est pas ou peu posée. L'idée étant que l'intégration est un processus au long cours, qui va sans se dire, sans bruits ni publicité, dans l'intimité des multiples relations quotidiennes. Depuis les années 80, l'intégration des immigrés est devenue un refrain politique avec, en toile de fonds, une réflexion sur la capacité ou la volonté du pays à accueillir de nouveaux citoyens. La première se jauge à l'aune du désir des arrivants de faire leur la langue, les valeurs, les usages du pays. La seconde interroge la place faite – ou pas – à

la "diversité" perçue, en soi, comme un "enrichissement". L'intégration renvoie non pas à tous ceux qui vivent en France mais à ceux qui "sont appelées" à y vivre : rien moins que 11,5 millions de personnes (19% de la population française) comprenant cinq millions d'immigrés, "dont 2 millions sont devenues françaises", et 6,5 millions d'enfants d'immigrés. Il est d'usage de distinguer intégration et assimilation : la première ne viserait pas à réduire toutes les différences. L'insertion relève plutôt des questions économiques et sociales comme l'accès au marché du travail ou le niveau de formation... indispensables pour faciliter une intégration qui renvoie, elle, à la capacité (et à la volonté) d'adopter les valeurs, les modes de vie, les principes civiques, la langue de la société d'accueil. Sans insertion, difficile de s'intégrer. A contrario, on peut être intégré sans être inséré... "Intégré je le suis, où est la solution ?" chante le groupe Zebda.

D'après Mustapha Harzoune, Que faut-il entendre par intégration ?, 2012 (<http://www.histoire-immigration.fr>)

La phase d'assimilation :

- a) exclut la phase d'intégration.
- b) précède la phase d'intégration.
- c) suit la phase d'intégration.
- d) détermine la phase d'intégration.

Quesito 8 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Selon Gérard Noiriel "il n'y a aucune loi permettant de mesurer l'intégration comme un thermomètre mesure la température". D'ailleurs, pour l'historien, les étrangers qui seraient rentrés chez eux ou partis vivre ailleurs qu'en France seraient au moins aussi nombreux que celles et ceux qui auraient décidé d'y rester. Pour ces derniers, longtemps, la question ne s'est pas ou peu posée. L'idée étant que l'intégration est un processus au long cours, qui va sans se dire, sans bruits ni publicité, dans l'intimité des multiples relations quotidiennes. Depuis les années 80, l'intégration des immigrés est devenue un refrain politique avec, en toile de fonds, une réflexion sur la capacité ou la volonté du pays à accueillir de nouveaux citoyens. La première se jauge à l'aune du désir des arrivants de faire leur la langue, les valeurs, les usages du pays. La seconde interroge la place faite – ou pas – à la "diversité" perçue, en soi, comme un "enrichissement". L'intégration renvoie non pas à tous ceux qui vivent en France mais à ceux qui "sont appelées" à y vivre : rien moins que 11,5 millions de personnes (19% de la population française) comprenant cinq millions d'immigrés, "dont 2 millions sont devenues françaises", et 6,5 millions d'enfants d'immigrés. Il est d'usage de distinguer intégration et assimilation : la première ne viserait pas à réduire toutes les différences. L'insertion relève plutôt des questions économiques et sociales comme l'accès au marché du travail ou le niveau de formation... indispensables pour faciliter une intégration qui renvoie, elle, à la capacité (et à la volonté) d'adopter les valeurs, les modes de vie, les principes civiques, la langue de la société d'accueil. Sans insertion, difficile de s'intégrer. A contrario, on peut être intégré sans être inséré... "Intégré je le suis, où est la solution ?" chante le groupe Zebda.

D'après Mustapha Harzoune, Que faut-il entendre par intégration ?, 2012 (<http://www.histoire-immigration.fr>)

Combien de personnes l'intégration concerne-t-elle ?

- a) 2 millions d'immigrés.
- b) 2 millions de femmes.
- c) Surtout les enfants.
- d) 11,5 millions de personnes.

Quesito 8 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Selon Gérard Noiriel "il n'y a aucune loi permettant de mesurer l'intégration comme un thermomètre mesure la température". D'ailleurs, pour l'historien, les étrangers qui seraient rentrés chez eux ou partis vivre ailleurs qu'en France seraient au moins aussi nombreux que celles et ceux qui auraient décidé d'y rester. Pour ces derniers, longtemps, la question ne s'est pas ou peu posée. L'idée étant que l'intégration est un processus au long cours, qui va sans se dire, sans bruits ni publicité, dans l'intimité des multiples relations quotidiennes. Depuis les années 80, l'intégration des immigrés est devenue un refrain politique avec, en toile de fonds, une réflexion sur la capacité ou la volonté du pays à accueillir de nouveaux citoyens. La première se jauge à l'aune du désir des arrivants de faire leur la langue, les valeurs, les usages du pays. La seconde interroge la place faite – ou pas – à la "diversité" perçue, en soi, comme un "enrichissement". L'intégration renvoie non pas à tous ceux qui vivent en France mais à ceux qui "sont appelés" à y vivre : rien moins que 11,5 millions de personnes (19% de la population française) comprenant cinq millions d'immigrés, "dont 2 millions sont devenues françaises", et 6,5 millions d'enfants d'immigrés. Il est d'usage de distinguer intégration et assimilation : la première ne viserait pas à réduire toutes les différences. L'insertion relève plutôt des questions économiques et sociales comme l'accès au marché du travail ou le niveau de formation... indispensables pour faciliter une intégration qui renvoie, elle, à la capacité (et à la volonté) d'adopter les valeurs, les modes de vie, les principes civiques, la langue de la société d'accueil. Sans insertion, difficile de s'intégrer. A contrario, on peut être intégré sans être inséré... "Intégré je le suis, où est la solution ?" chante le groupe Zebda.

D'après Mustapha Harzoune, Que faut-il entendre par intégration ?, 2012 (<http://www.histoire-immigration.fr>)

À partir de quand la politique commence-t-elle à s'intéresser davantage à l'intégration ?

- a) À partir des années 1970.
- b) À partir des années 1950.
- c) À partir des années 1990.
- d) À partir des années 1980.